



Ausschuss für Europa und Internationales

13. Sitzung (öffentlich)

26. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 15:52 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Alexander Happ, Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

4

Der Ausschuss beschließt, die Reihenfolge der ursprünglichen Tagesordnung zu ändern und TOP 2 – Stichwort: „Haushaltsgesetz 2024“ – als TOP 1 aufzurufen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlage 18/1429 (Erläuterungsband)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

2 Freiheit und Menschenrechte weltweit: NRW-Förderung für verfolgte, internationale Studierende 12

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5424

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Dr. Werner Pfeil (FDP), eine Anhörung durchzuführen. Diese soll am 12. Januar 2024 mit jeweils zwei Sachverständigen pro Fraktion stattfinden.

3 Ein klares Bekenntnis für die Fusionstechnik – Nordrhein-Westfalen als Standort für das erste Demonstrationskraftwerk in Deutschland vorbereiten 13

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5387

– keine Wortbeiträge

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das von Dr. Werner Pfeil (FDP) vorgeschlagene Verfahren, sich an der im federführenden Wissenschaftsausschuss geplanten Anhörung mit dem Charakter eines Expertengesprächs nachrichtlich zu beteiligen.

4 Wie sehen die Pläne der Landesregierung zur Umstrukturierung der EU-Fördermittel aus? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]) 14

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1555

– Wortbeiträge

5 Was folgt aus der State-of-the-Union-Rede der Kommissionspräsidentin für NRW? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 16

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1661

– Wortbeiträge

- 6 Fachkräftegewinnung und Anerkennung von Berufsqualifikationen** **18**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1662
– Wortbeiträge
- 7 Teilnahme NRWs an der EU-Ausschreibung zur Dekodierung von Falschinformationen?** **21**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1664
– Wortbeiträge
- 8 Repräsentanz NRWs im Vereinigten Königreich (VK) und zukünftige Forschungskoperationen** **23**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1663
– Wortbeiträge
- 9 Gespräch mit Seiner Exzellenz Herrn Ricardo Martínez Vázquez, Botschafter des Königreichs Spanien in der Bundesrepublik Deutschland** **25**
- 10 Verschiedenes** **38**
– keine Wortbeiträge

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Einzelplan 02 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorlage 18/1429 (Erläuterungsband)

(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 23.08.2023, mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personenrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt)

Mit Blick auf die für die Sitzung am 3. November vorgesehene Aussprache und Abstimmung regt **Vorsitzender Stefan Engstfeld** an, nach dem Bericht von Minister Nathanael Liminski lediglich Verständnisfragen zu klären und noch nicht in die Diskussion einzusteigen.

Schriftliche Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 02, die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Europa und Internationales fielen, müssten bis zum 29. September an die Staatskanzlei gerichtet werden. Die Staatskanzlei sei dazu angehalten, dem Ausschusssekretariat bis zum 20. Oktober die Antworten darauf im Rahmen eines schriftlichen Berichtes zu übermitteln.

Minister Nathanael Liminski (MBEIM) berichtet:

Meine Damen und Herren Abgeordnete, gerne führe ich in den Einzelplanentwurf für den Haushalt 2024 ein und beginne damit, auf die Lage in diesem Jahr zu schauen. Wir hatten im laufenden Haushalt 2023 einen erheblichen Aufwuchs im Bereich „Europa und Internationales“. Dadurch konnten wir wesentliche Anliegen der Landesregierung berücksichtigen und etwa neue Initiativen im Bereich „Europa“ wie die Initiative „Europa-Scheck“ auf den Weg bringen. Das sind – auch im Vorfeld der Europawahl im kommenden Jahr – wichtige Signale gewesen.

Die Lage, auch für die Haushaltsaufstellung, ist 2024 anders. Die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind Ihnen allen bekannt. Dementsprechend finden die Beratungen zum Landeshaushalt vor dem Hintergrund tiefgreifender weltpolitischer Umwälzungen statt. Der Bundeskanzler hat dafür das Wort der „Zeitenwende“ geprägt. Der Krieg in der Ukraine, die daraus resultierende Energiekrise, die steigenden Flüchtlingszahlen oder auch die erheblichen Steuerausfälle auf allen staatlichen Ebenen durch die notwendig gewordenen Entlastungspakete – all das sorgt dafür, dass sich zum einen die Steuereinnahmen deutlich verschlechtern und zum anderen andere Ausgaben damit verbunden sind.

Bei den Einnahmen will ich die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung – die dauerhaften Mehrausgaben für Wohngeld und das Deutschlandticket – sowie andere konjunkturbedingte Maßnahmen bzw. Mindereinnahmen in Erinnerung rufen.

Kurzfristig ist keine bessere Entwicklung zu erwarten: Das Wirtschaftswachstum wird absehbar niedrig bleiben. In Nordrhein-Westfalen haben wir im Gegenteil momentan sogar einen überdurchschnittlichen Einbruch zu verkraften. Dementsprechend rechnen wir zunächst einmal mit absehbar realistischen Steuermindereinnahmen. Diese erfordern eine strikte Ausgabendisziplin bzw. Konsolidierungsanstrengungen. Klar ist, dass wir die Vorgaben der Schuldenbremse 2024 einhalten, also ohne neue Schulden auskommen wollen; wir müssen es auch. Im Übrigen wäre es schwierig, zu begründen, wenn gerade jetzt, angesichts dieser bisherigen Entwicklungen, etwas Unvorhergesehenes eintreten würde.

Es bestehen keinerlei Reserven und kein finanzpolitischer Spielraum. Für alle Dinge, die man trotzdem tun will, um in dieser Zeit Politik zu gestalten, ist es notwendig, eine entsprechende Gegenfinanzierung im bestehenden Rahmen zu realisieren. Wir als Landesregierung werden dafür eine sparsame Haushaltspolitik im Haushalt 2024 verfolgen; das ist in der Aufstellung erkennbar.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dennoch auf das Thema „Kinder und Jugend“ bzw. deren Chancen zu fokussieren. Das ist der Grund, warum dieser Bereich von Einsparungen weitgehend ausgenommen worden ist. Im Umkehrschluss – das muss jedem klar sein – heißt das: Die anderen Bereiche müssen umso mehr einsparen. Anders ist so etwas nicht zu realisieren. Wenn ich im Bereich „Schule“ und im Bereich „Kinder und Jugend“ Einsparungen verhindern will, bedeutet dies für die anderen Häuser Mehreinsparungen. Darauf hat sich das Kabinett in zwei Eckwerteentschlüssen verständigt.

Auch als Chef der Staatskanzlei bin ich froh – wenn ich es bei der Gelegenheit sagen darf –, dass es möglich war, den Haushalt in diesem Geist und unter den beschriebenen schwierigen Rahmenbedingungen aufzustellen.

Unter diesen Voraussetzungen werden wir im Gesamthaushalt 2024, auch in unserem Ressort, dennoch Schwerpunkte setzen. Wir wollen es dadurch tun, dass wir mehr fokussieren und priorisieren; anders geht es nicht in solchen Zeiten. Dementsprechend wollen wir unsere Schwerpunkte in den Bereichen „Europa“ und „Internationale Angelegenheiten“ sichern. Was heißt das in konkreten Zahlen? Ich habe sie mir zukommen lassen: Für das Jahr 2024 werden rund 6,4 Millionen Euro für die Förderung von Projekten und Maßnahmen im Bereich „Europa“ und 10,5 Millionen Euro für den Bereich „Internationale Angelegenheiten“ veranschlagt. Im Umkehrschluss heißt das: Es sind Konsolidierungsmaßnahmen in Höhe von 290.000 Euro im Bereich „Europa“ und 1,7 Millionen Euro im Bereich „Internationale Angelegenheiten“ vorgesehen.

Im Vergleich zu anderen Einzelplänen und zum Gesamthaushalt sind das überschaubare Beträge. In den jeweiligen Bereichen selbst können wir – das wissen Sie als aktive Parlamentarier in diesem Bereich – damit bestimmte Veranstaltungen, Initiativen und Projekte nicht mehr in gleicher Weise fördern wie bisher. Insofern

schneidet dies in bisherige Aktivitäten ein. Ich glaube aber, dass wir trotzdem Schwerpunkte setzen und auch Linien fortsetzen können.

Wir wollen die erfolgreichen Europaaktivitäten fokussiert fortsetzen. Ich will nur einige Beispiele nennen.

Erstens. Wir nehmen dabei besonders junge Menschen in den Fokus; mit Blick auf die Europawahlen ist dies ein Gebot der Stunde.

Zweitens. Wir setzen die Benelux-Zusammenarbeit intensiv fort und werden die Konkretisierung dieser Zusammenarbeit in Projekten wie etwa den Energiepartnerschaften oder dem Einstein-Teleskop vorantreiben. Zum Einstein-Teleskop findet zur Stunde eine Veranstaltung in Brüssel statt, bei der eine gemeinsame politische Absichtserklärung unterzeichnet wird. Für Nordrhein-Westfalen wird sie die Kollegin Türkeli-Dehnert aus dem Wissenschaftsressort unterzeichnen, da ich in diesem Ausschuss präsent bin. Das ist der nächste Schritt auf dem Weg hin zu einem festen Konsortium, das dieses Projekt realisieren soll. Sie sehen also: Wir bleiben da dran und erfüllen den Auftrag, den uns zumindest die vier demokratischen Fraktionen in diesem Landtag erteilt haben.

Ich komme drittens zu einem weiteren Punkt, den wir vorantreiben: unsere bilateralen Partnerschaften. Hervorheben will ich Hauts-de-France, Schlesien, Piemont, aber auch die Aktivitäten mit dem Vereinigten Königreich, ebenso mit Ghana in Afrika und mit Nordmazedonien. Diese Partnerschaften sind allesamt sehr vital. Wir gestalten diese Partnerschaften mit ganz konkreten Projekten, Initiativen und Terminen.

Viertens. Natürlich wollen wir auch unsere neue Partnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk in der Ukraine mit Leben füllen. Wir sind darum bemüht, dass wir neben staatlichen Hilfen und Städtepartnerschaften der Kommunen das Feld bzw. das Fundament derer verbreitern, die sich dort engagieren. Das ist der Grund, warum wir in diesem Jahr dieses kleine, aber feine Förderprogramm in die Welt gesetzt haben, mit dem wir Vereine und kommunale Initiativen dazu animieren und sie dabei unterstützen, ihrerseits einen Beitrag zu dieser Partnerschaft zu leisten. Wir wollen sehr früh darauf achten, dass es keine Partnerschaft zwischen zwei Regierungen oder zwischen vereinzelter Kommunen ist, sondern auch in der Breite der Gesellschaft verankert wird.

Weiter treiben wir trotz dieser Haushaltslage zudem die Aktivitäten rund um das NRW-USA-Jahr voran, das gut gestartet ist und zunehmend mit Leben gefüllt wird. Gleiches gilt auch für unsere Aktivitäten im Bereich „Israel“ mit dem Landesbüro in Tel Aviv sowie für alles rund um den internationalen UN-Standort Bonn und die kommunale Entwicklungsarbeit.

All diese Teilbereiche habe ich beispielhaft aufgezählt, um zu zeigen, dass wir als Landesregierung auch unter den schwierigen Haushaltsbedingungen des Jahres 2024 lange Linien, auch parteiübergreifende Linien, unserer Europa- und internationalen Politik fortsetzen.

Mit der Europawahl haben wir, wie vorhin schon gesagt, ein großes Ereignis vor uns, das uns auch mit Blick auf die aktuellen Umfragelage auf jeden Fall beschäftigen

wird. Dementsprechend wollen wir dazu animieren, dass alle Wahlberechtigten und besonders junge Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, da über die Zukunft Europas, Deutschlands und Nordrhein-Westfalens entschieden wird.

Ich gehe kurz auf einige Schwerpunkte im Kontext „Europa“ ein, die auch in diesem Ausschuss schon vielfach angesprochen worden sind. Mit dem Thema „Europa-Scheck“ wollen wir in diesen Wochen starten. Sie als Haushaltsgesetzgeber haben uns dazu entsprechende Mittel mitgegeben. Wir haben viele Fragen bezüglich der möglichst bürokratiearmen Administration und deren Ausgestaltung klären können. Wir wollen dazu beitragen, dass wir die Akteurinnen und Akteure in der Breite unterstützen, um Europa vor allen Dingen grenzüberschreitend im Rahmen von vielfältigen Initiativen mit Leben zu füllen. Die Finanzierung dazu ist über die bestehenden und bereiten Mittel gesichert.

Bezüglich der Europawahl selbst arbeiten wir sehr stark mit der Landeszentrale für politische Bildung zusammen, die in der Regel das Heft des Handelns in der Hand hat, wenn es um Initiativen vor Wahlen geht; wir als Europaressort unterstützen das.

Zu den sonstigen Europaaktivitäten. Wir stärken die bestehenden Programme mit dem Fokus auf junge Menschen. Das betrifft etwa „EU-Jugendbotschafter@school“, „#AzubiGoEU“, „Europa – Erleben und Lernen“, „EuroVisions“ und „NRW debattiert Europa“. Diese bestehenden Formate erfreuen sich großer Beliebtheit und erlangen dementsprechend auch zunehmend Reichweite, was in unser aller Interesse ist.

Wir wollen auch das europapolitische Engagement in der kommunalen Familie stärken. Dementsprechend werden wir wieder die Europawochen veranstalten. Sie werden übrigens so wie in diesem Jahr über mehrere Wochen gehen und nicht nur an einem Tag oder in einer Woche stattfinden. Das Petitum aus der Zielgruppe war, dafür mehr Zeit zu geben. Im Übrigen besteht auch mehr Raum für die Beteiligung von Landespolitik. Dementsprechend spreche ich gerade mit Blick auf die politisch sensible Zeit im nächsten Mai, die natürlich auch von Wahlkampf geprägt sein wird, eine herzliche Einladung aus. Beim Europawahlkampf gibt es oft viele Überschneidungen, sodass wir diesen Zeitraum auch für Aufklärungs- und Bildungsarbeit in diesem Bereich nutzen können.

Die beiden Programme „Europaaktive Zivilgesellschaft“ und „Europaaktive Kommune“ werden wir fortsetzen. Ebenso werden wir das Format fortsetzen, aus dessen Anlass wir gestern den spanischen Botschafter, der gleich im Ausschuss sein wird, zu Gast hatten: „Europa in Nordrhein-Westfalen“, also das traditionelle Treffen zur Halbzeit der Präsidentschaftswahl mit dem Botschafter des Landes, das die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Einige von Ihnen waren dabei. Das hat mich sehr gefreut. Es war eine sehr gute und auch gut besuchte Veranstaltung im Landeshaus.

Ein zweiter Schwerpunkt neben Europa ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Im Jahr 2024 sind wir Gastgeber der Grenzlandkonferenz in Krefeld. Dieses Jahr sind wir im Dezember in Nimwegen. Wir werden auch mit der neuen niederländischen Regierung an den Themen weiterarbeiten, die uns beschäftigen. Morgen werde ich an einer Videokonferenz der Steuerungsgruppe teilnehmen und erstmals

auf meinen neuen Kollegen treffen, da dessen Vorgängerin Außenministerin geworden ist. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir die Themen im gleichen Geist vorantreiben.

In Bezug auf das „Einstein-Teleskop“ – ich habe eben schon etwas dazu gesagt – unterlegen wir die politische Arbeit dafür mit entsprechendem Geld im Haushalt. Uns liegt daran, den Auftrag aus dem Landtag umzusetzen. Es wäre auch ein gutes Signal, wenn Europa und Nordrhein-Westfalen sich das zutrauen.

Neben Europa und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bilden die Partnerschaften einen dritten Schwerpunkt. Diesbezüglich stehen im nächsten Jahr einige Jubiläen an, etwa das 20-jährige Bestehen unserer Zusammenarbeit mit Hauts-de-France beziehungsweise das zehnjährige Bestehen der formalisierten Partnerschaft. Diese sehr vitale Partnerschaft wollen wir entsprechend würdigen. Außerdem werden wir die Zusammenarbeit im Kontext des Regionalen Weimarer Dreiecks mit einer Erneuerung der gemeinsamen Erklärung unterlegen. Im nächsten Jahr steht auch der 20. Jahrestag der EU-Osterweiterung an. Dieses Thema beschäftigt uns in Nordrhein-Westfalen vielfach.

Wir werden an der Vertiefung der Beziehungen zum Vereinigten Königreich weiterarbeiten. Ich hatte kürzlich den – wenn man so will – britischen Europaminister zu Gast und habe mich außerdem mit dem Generalkonsul ausgetauscht. Nachdem wir im ersten Lenkungsausschuss den Schwerpunkt auf das Thema „Schule“ gelegt haben, wollen wir beim nächsten Mal das Thema „Forschungskooperationen“ in den Blick nehmen. Dieses Format wird nicht nur im Vereinigten Königreich sehr geschätzt, sondern offenkundig auch unter den Länderkollegen, denn Bayern hat dieses Format letztlich – das meine ich positiv – kopiert und sogar die Namensgebung übernommen. Das hat mir der britische Kollege mitgeteilt, der das gemeinsam mit meiner Amtskollegin Frau Huml in München beschlossen hat. Das zeigt: Wir machen mit den Formaten, die diese Kooperation mit Leben füllen, offenkundig Schule.

Das waren die Schwerpunkte im Bereich „Europa“, also die Europaarbeit selbst, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und das Thema „Partnerschaften“. Ich führe kurz noch einige Schwerpunkte im Kontext „Internationales“ aus.

Die Unterstützung der Ukraine wird uns in dem von mir mehrfach geschilderten Sinne weiter beschäftigen, nämlich die akute Direkthilfe, der Wiederaufbau und auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit bei Zukunftsthemen. Der Kriegsverlauf ist nicht vorhersehbar, aber wir haben auf jeden Fall finanziell Vorsorge getroffen, dass wir diese Partnerschaft auch vonseiten der Landesregierung entsprechend unterlegen können.

Der zweite Schwerpunkt im Bereich „Internationales“ ist der Ausbau der Beziehungen zu Nordamerika beziehungsweise die Fortsetzung des NRW-USA-Jahres. Der Start war gut. Nun bestehen – das freut mich wirklich – in der Tiefe und auch in der Weite des Landes Aktivitäten: vom Gartenfest bis zu größeren Veranstaltungen. Genau das haben wir uns darunter vorgestellt, nämlich die ganze Bandbreite des Miteinanders mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu zeigen. Wir wollen dafür eine Bühne bieten, und die Angebote werden angenommen. Schauen Sie gerne auch einmal auf der Webseite vorbei: nrw-usa.nrw. Ich selbst werde im November

in die USA reisen, dort unsere Partnerregion Pennsylvania besuchen, diesen Aufenthalt mit einigen medienpolitischen Terminen verbinden und auf diese Weise auch meinen Beitrag zum NRW-USA-Jahr leisten.

Ein dritter Schwerpunkt neben der Ukraine und dem NRW-USA-Jahr sind die engen Beziehungen mit Israel. Wir haben uns im Koalitionsvertrag verschiedenste Dinge vorgenommen, die ich jetzt nicht alle einzeln aufzählen will. Sie kennen diese auch aus der Vorbereitung. Wir werden im nächsten Jahr auch insofern einen Schwerpunkt haben, als wir vor der Erneuerung unserer gemeinsamen Absichtserklärung mit der Gedenkstätte Yad Vashem stehen. Das verbindet uns parteiübergreifend, zumindest größtenteils. Auch der Ministerpräsident selbst will nach Israel fahren. Im Rahmen meines Besuchs im Juli habe ich das entsprechend vorbereitet.

Neben dieser Partnerschaft mit Israel gilt das auch für die Partnerschaft mit Japan. Aus der Reise des Ministerpräsidenten im Juni sind vielfache Kooperationen auch zwischen Unternehmen und Universitäten erwachsen, die jetzt vorangetrieben werden sollen.

Ghana habe ich eben erwähnt. Der Verwaltungsaustausch ist sehr vital. Innerhalb von zwei bzw. drei Monaten waren zwei Gruppen mit Vertretern aus verschiedensten Bereichen dort. Wir können dazu etwas beitragen. Abschließend zu diesem Schwerpunkt nenne ich Nordmazedonien und Kosovo, wo wir in Bezug auf den Bereich „Fachkräfte“ viel unterwegs sind. Dazu hatte ich bereits in meinem Reisebericht von März ausgeführt.

Neben der Ukraine, dem NRW-USA-Jahr und diesen Partnerschaften gibt es noch einen vierten Schwerpunkt, nämlich die Weiterentwicklung des UN-Standorts Bonn. Wir verstetigen die dort bisher unternommenen Dinge. Vor allen Dingen bemühen wir uns um eine Profilierung des Standorts im Kontext der Bonn-Berlin-Gespräche. Mit der Bundesministerin Frau Geywitz haben wir dazu Anfang September in Bonn ein gutes Gespräch geführt. Sie hat einen sehr verbindlichen Fahrplan zugesagt, der Ende dieses Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres zu Klarheit über die Projekte sowohl zwischen Bund und Region als auch unter den Ressorts im Bund führt, die dann tatsächlich im Rahmen eines Zusatzvertrags seitens der Bundesregierung in Angriff genommen werden; so viel zum Thema „Bonn-Berlin“.

Um unsere gemeinsamen Aktivitäten für den UN-Standort zu dokumentieren, werden wir übrigens am 24. Oktober zusammen mit dem Auswärtigen Amt und der Bundesstadt einen größeren Empfang in Bonn ausrichten. Dazu werden wir die Einladung natürlich weitergeben.

Neben der Ukraine, dem NRW-USA-Jahr, den Partnerschaften und dem UN-Standort gehe ich noch auf einen fünften Schwerpunkt im Bereich „Internationales“ ein: die Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Sie wissen, dass es uns ein großes Anliegen ist, die entwicklungspolitischen Initiativen in den Kommunen vor Ort zu fördern. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine ganz besondere Infrastruktur und auch ein ganz besonderes Engagement. Dementsprechend ist uns daran gelegen, das zu erhalten, teilweise gemeinsam mit dem Bund. Angesichts der finan-

ziellen Voraussetzungen ist das nicht ganz leicht, aber ich glaube, dass wir das im Kern erreichen und diese Aktivitäten entsprechend fortsetzen können.

Eingangs habe ich auf die schwierige Haushaltslage hingewiesen. Der weitere Vortrag hat hoffentlich gezeigt, dass es auch unter diesen Bedingungen möglich sein wird, durch Fokussierungen und Priorisierungen Politik zu machen. Man muss in solchen Zeiten entscheiden, was man tun kann und tun will und was man eben nicht mehr tun oder vielleicht vorerst nicht tun kann. Diesen Gestaltungsanspruch umzusetzen, ist nicht nur der Wille dieser Landesregierung, sondern liegt aus meiner Sicht auch im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Inge Blask (SPD) bittet Minister Liminski darum, dem Ausschuss so schnell wie möglich Informationen zum Thema „Europa-Schecks“ zukommen zu lassen. – **Minister Nathanael Liminski (MBEIM)** sichert dies zu.

